



# BRENNPUNKT



## Der Westen und die Welt des Nahen Ostens

Erich Gysling

■ Der Westen (Europa und die USA) stand 2006 im Schatten dessen, was im Nahen Osten geschah – und der Nahe Osten wurde in diesem Jahr mehr als jemals zuvor durch die Politik, die Interessen des Westens geprägt:

- eskalierende Gewalt in Irak und Ratlosigkeit der US-Führung, ob, wann und wie sie ihre Truppen aus dem von ihr selbst 2003 entfachten Krieg herausziehen könnte;
- Zunahme der Auseinandersetzungen zwischen westlichen Kräften und den wieder erstarkten Taliban in Afghanistan;
- Ratlosigkeit im Westen angesichts des Kriegs zwischen Israel und Libanon im Sommer 2006 – die USA fest an der Seite der israelischen Regierung, Westeuropa bemüht um Mässigung;
- ähnliche Ratlosigkeit, ähnliche Divergenzen zwischen Westeuropa und den USA zur Frage, wie man der «iranischen Herausforderung» (Iran beharrte auf dem Recht, Uran anzureichern, im Westen befürchtete man eine kommende iranische Atomrüstung) begegnen sollte.

Was die Konsumgesellschaft des Westens schnell zu spüren bekam, war die Abhängigkeit vom Erdöl und vom Erdgas aus der nah- und mittelöstlichen Region. Die Konflikte trieben die Preise in Höhen, die für die westlichen Wirtschaftsstrukturen zum Problem wurden. Darüber hinaus stellte sich die Frage: Befanden sich die beiden Zivilisationen, die Kulturen der Länder beider Hemisphären, im «Krieg der Zivilisationen», den der amerikanische Politologe *Samuel Huntington* in den neunziger Jahren

*Mühsamer Dialogversuch: US-Soldaten bei Fallujah, einer Hochburg des Widerstands gegen die Besatzungstruppen.*



11. 9. 2001: Zwei von Al-Qaida-Terroristen entführte amerikanische Passagiermaschinen schlugen eben in die beiden Hochhäuser des World Trade Center in New York ein. Der Anschlag löste den Krieg der USA in Afghanistan, dann gegen Irak aus.

prognostiziert hatte – oder stand man an der Schwelle eines «neuen Nahen Ostens», wie dies die amerikanische Aussenministerin *Condoleezza Rice* mitten im blutigen Krieg zwischen Israel und Libanon im Sommer 2006 voraussagte? Eine Aussage übrigens, welche Politiker und Kommentatoren in der arabischen Welt gleich als anmassend und wirklichkeitsfremd zurückwiesen. Sie fragten, wer denn darüber bestimmen solle, wie dieser Nahe Osten aussehen solle: Die Amerikaner und die Europäer – oder die Völker des Nahen Ostens selbst? Und fügten an, der Verdacht verstärkte sich, dass der Westen dem Nahen Osten (also der arabischen Welt respektive der islamischen Welt) seine eigenen Wertvorstellungen aufoktroieren wolle und dass der Westen sich ständig in Widersprüche verstricke. Einerseits fordere er Demokratie durch das Instrument freier Wahlen, aber wenn Wahlen dann Kräften mit konservativ-islamischen Wertvorstellungen an die Macht verhälften, dann protestiere der gleiche Westen sogleich: So war's nicht gemeint, ihr solltet weder die Hamas (bei den Palästinensern) noch die Hizballah (bei den libanesischen Schiiten) noch die Muslimbrüder (in Ägypten) noch *Mahmud Ahmedinejad* (in Iran) wählen, auch nicht radikale Schiiten-Parteien in Irak, sondern – sondern was denn? Die vom Westen, vor allem von den USA, vorgebrachte Demokratie-Forderung, die Forderung nach Wahl-Freiheit, stiess sich, das zeigte sich

im Verlauf dieses Jahres immer wieder, an den Realitäten in der arabischen Welt und auch in anderen Ländern mit islamischer Tradition. Millionen Menschen in der weiten Region vom nordafrikanischen Maghreb über die arabische Welt, Iran, Afghanistan, Pakistan und bis nach Südostasien wollten nicht akzeptieren, dass der Westen den Anspruch erhob, ihnen eine fremde Ideologie aufzuzwingen. Generell meinten sie: Wir sind euch dankbar für die Segnungen des technischen Fortschritts, wir bezahlen auch dafür, nehmen ihn gerne an (Internet, Satellitentechnologie, Errungenschaften in den Naturwissenschaften, industrielle Entwicklungen etc.), aber geistig sollt ihr uns in Ruhe lassen. Den von den USA vorangetriebenen Irak-Krieg (den US-Präsident *George W. Bush* als Krieg gegen *Saddam Hussein* und zugunsten von Demokratie und Menschenrechten zu «verkaufen» suchte) nahm eine immer grössere Zahl von Menschen in den muslimischen Ländern von Tag zu Tag stärker als einen «Krieg gegen den Islam» wahr. So kam es, dass es extremistischen Gewaltgruppen wie al-Qaida (verantwortlich für den historisch einmaligen Terroranschlag in New York und Washington vom 11. 9. 2001) nicht schwer fiel, immer neue Opferbereite für Selbstmordanschläge gegen «den Westen» und gegen dessen Sympathisanten zu finden. Dieser Krieg rollte in Irak und Afghanistan ab, dann auch in den von Israel besetzten (oder scheinbar «geräumten») Zonen



im Palästinaergebiet und in Libanon, und er drohte immer wieder auf Westeuropa überzuschwappen. Im August 2006 konnte ein Selbstmordattentat auf eine grössere Zahl von Flugzeugen zwischen Grossbritannien und den USA offenbar nur knapp verhindert werden.

Einen «neuen Nahen Osten» hatte die *Bush*-Administration auch schon beim Beginn des Irak-Kriegs, im Frühling 2003, vorhergesagt. Zwar wurde *Saddam Hussein* tatsächlich, wie US-Präsident *George W. Bush* vorausgesagt hatte, gestürzt und gefangen genommen, aber darüber hinaus geschah wenig von dem, was die westliche Führungsmacht der eigenen Bevölkerung und der Welt versprochen hatte: In Irak gab es keine «neue Ordnung», sondern nur neues Chaos und neue Gewalt. Die von *Saddam Hussein* jahrzehntelang unterdrückte Bevölkerung erhielt zwar die Chance, ein Parlament und eine Regierung zu wählen, aber diese «demokratischen» Vorgänge zeitigten auch ihre negativen Aspekte: Die Spannung zwischen den religiösen und den ethnischen Gruppierungen stiegen so weit an, dass man bis zum Sommer 2006 von einem Bürgerkrieg sprechen musste. Die Kurden, relativ am meisten von der US-Intervention profitierend, forderten weitgehende Autonomie (was bei der Regierung der Türkei zu Protesten führte); die in den Wahlen (dank Volksmehrheit) siegreichen Schiiten beanspruchten die Führungsrolle im Staat; die (früher dominierenden) Sunniten verlangten

wenigstens einen Teil der Macht – und wer sich in der «Hexenküche» nicht genügend berücksichtigt fühlte, ging in den Untergrund und schloss sich terroristischen Organisationen an. Im Verlauf des Jahres verwischte sich auch die ehemalige Trennlinie zwischen Gewalt gegen die amerikanischen und britischen Besatzungstruppen und deren irakische Helfer einerseits (Beamte, Polizisten, im Aufbau begriffene Armee) und der innerethnischen oder innerreligiösen Trennlinie (zwischen Sunniten und Schiiten) andererseits.

Die zerstörerischen Kräfte konnten darauf hinweisen, dass der Irak-Konflikt (seit dem Beginn des Kriegs im März 2003) mehr als 40 000 Tote bei den Irakern gefordert hatte und dass weitere 200 000 Menschen durch die Folgen des Kriegs das Leben verloren hatten. Bis August 2006 kamen ausserdem mehr als 2600 US-Soldaten durch Gewalt in Irak ums Leben. Und all das, ohne dass es zu einer generellen Verbesserung der Lebensbedingungen der nicht direkt von der Gewalt betroffenen Iraker gekommen wäre – im Gegenteil: Mehr Menschen als unter der Tyrannenherrschaft *Saddam Husseins* leben jetzt an der Grenze zur Armut oder darunter, weniger Kinder als in der Zeit der Diktatur können zur Schule gehen. Die Erdölförderung liegt, im Sommer 2006, weit unter dem Niveau vor dem Krieg, ja sogar unter dem Niveau in der Zeit des UNO-Embargos zwischen 1991 und 2003. Weniger Iraker haben Zugang zu

*Alltag in einem Zeltlager im Bagdader Stadtviertel Karada. Hierher zogen viele Angehörige der schiitischen Religionsgemeinschaft nach dem Aufflammen des Konflikts mit sunnitischen Untergrundgruppen.*



Trinkwasser, weniger Haushalte sind ans Abwassersystem angeschlossen, weniger haben Arbeit, in weniger Häusern gibt es elektrischen Strom. Eine Minderheit allerdings hat von der «neuen Unordnung» profitiert, ist wohlhabend geworden und hat den Reichtum ins Ausland (u.a. nach Jordanien) in Sicherheit gebracht. Und alle Iraker haben jetzt Zugang zu freier Information.

Wie stark hat der von den USA und Grossbritannien angeführte Irak-Krieg den Mittleren Osten verändert? Steht die vom Islam geprägte Region nach dem Sturz *Saddam Husseins* doch noch vor einem Sprung in die Demokratie, gar eine an westliche Vorbilder angelehnte Version der Demokratie, oder ist, im Gegenteil, die Gefahr eines weiteren Anwachsens von Terror, eines Anschwellens des islamischen Fundamentalismus oder des arabischen Nationalismus die wahrscheinlichere Folge des Konflikts?

Als *Bush* und *Blair* im Frühjahr 2003 zum Krieg bliesen und aus einer Mischung von Versprechen und Drohungen ihre Koalition zusammenschmiedeten (all jene osteuropäischen Regierungen, die der NATO beitreten wollen oder ihr schon beigetreten sind und die sich im Zweifels-

fall nach Washington und nicht nach Brüssel ausrichten; in Westeuropa die rechtsbürgerlichen Regierungen in Spanien, Portugal, Italien, Dänemark und den Niederlanden), brachten sie im Wesentlichen diese Argumente vor:

- Irak habe Massenvernichtungswaffen (chemische, biologische) und könne, so sagte *Tony Blair*, Grossbritannien (oder zumindest «britische Interessen») «innerhalb von 45 Minuten» angreifen;
- Entwicklung von Atomwaffen (da lag ein Bericht vor, der sich allerdings, mit seinen Hinweisen auf einen Deal zwischen Irak und Niger, bald als Fälschung des britischen Geheimdienstes erweisen sollte);
- Verschwörung des irakischen Regimes mit der Terrororganisation al-Qaida;
- Bedrohung von Nachbarstaaten und Israels; Notwendigkeit des Sturzes von *Saddam Hussein* wegen der anhaltenden Verletzung der Menschenrechte;
- richtiger Zeitpunkt für Demokratie-Geburts-hilfe in Mittelost.

Aber die Weichen für einen Krieg gegen Irak waren schon lange gestellt, wahrscheinlich schon beim Amtsantritt von *George W. Bush* im Januar 2001. Leute wie *Richard Pearle*, *Paul Wolfowitz* oder *Condoleezza Rice* hatten schon damals eine grundlegende Änderung der Aussenpolitik der USA gefordert. Dabei spielten mehrere Faktoren zusammen:

- die Sackgasse des sogenannten Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern;
- die allmählich (schon vor dem 11. September) sich abzeichnende Unzuverlässigkeit des saudischen Regimes und damit verbunden Bedenken in den USA, ob man sich dauerhaft auf die Kooperation der Saudis u. a. für die Erdöllieferungen verlassen könne (Saudarabien hat die weltweit grössten Reserven, Irak die zweitgrössten);
- die Widerspenstigkeit Syriens und Irans gegenüber den Forderungen Israels und der USA, die Unterstützung von palästinensischen und libanesischen Widerstandsgruppen zu beenden;
- die Zusammenarbeit Russlands mit Iran im Bereich der Kernenergie;
- die den Sanktionen trotzbare Überlebensfähigkeit des Regimes von *Saddam Hussein*.

Bei den «Falken» in Washington führte die Gesamtschau der vielschichtigen Mittelost-Szenerie zur Erkenntnis, dass Amerika, sollte es seinen bisherigen Kurs fortsetzen, in der ganzen Region an Einfluss verlieren und auf längere Sicht möglicherweise auch nicht mehr imstande sein könnte, Israel unumschränkt zu protegieren. Also müsse man eine strategische Neuausrichtung in die Wege leiten.

*US-Präsident George W. Bush: Immer mehr Schwierigkeiten bei der Rechtfertigung des Irak-Kriegs, immer weniger Popularität bei der US-Bevölkerung.*





### Der Faktor Erdöl

Die Sicherung des Zugangs zum nahöstlichen Erdöl spielte bei den «Falken»-Szenarien eine nicht unwesentliche Rolle, und auch aus diesem Grund wandten die *Bush*-Getreuen ihre besondere Aufmerksamkeit dem Irak *Saddam Husseins* zu. Schliesslich verfügt Irak, nach Saudiarabien, über die zweitgrössten Erdölreserven der Welt. Zwischen dem Interesse am irakischen Erdöl und den politisch-strategischen Zielsetzungen der USA gibt es sich ergänzende, aber auch einander widersprechende Elemente. Denn die Nutzung des irakischen Öls ist nicht ein risikoloses Geschäft, sondern setzt gewaltige Investitionen voraus. *Yahya Sadowski*, Professor an der Amerikanischen Universität in Beirut, schildert das so: Allein um die bestehenden Förderanlagen in Irak zu erhalten, müsste man gut eine Milliarde Dollar investieren. Und auch wenn ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen dieses Risiko eingehen wollte, würde es drei Jahre dauern, bis die irakische Ölproduktion auf ihr früheres Niveau von 3,5 Millionen Barrel pro Tag angehoben werden könnte. Dafür aber seien nochmals rund 8 Milliarden vonnöten. Und wollte man die Produktion auf 6 Millionen Barrel erhöhen, würde dies, so *Yahya Sadowski*, nochmals zusätzliche 30 Milliarden Dollar erfordern. Bisher, bei einer Fördermenge von maximal 2,5 Millionen Barrel (das entsprach dem vom UNO-Sanktionsregime gesetzten Eckwert),

nahm Irak total pro Jahr etwa 15 Milliarden ein. Nun muss man zu diesen Summen hinzu- oder abrechnen: Irak hatte noch bis Ende 2003 gegenüber dem Ausland Schulden von 110 Milliarden Dollar, und der dafür fällige Schuldendienst erreichte jährlich mindestens 5 Milliarden. Gläubiger waren hauptsächlich arabische Nachbarländer und Russland. Solange Irak den UNO-Sanktionen unterworfen war (1991 bis 2003), wurden diese Schulden grösseren Teils auch bezahlt. Die USA andererseits erklärten einmal, Irak müsse die amerikanische Invasion in Kuwait von 1991 bezahlen, und das hiesse, Irak würde den USA und Kuwait nochmals etwa 300 Milliarden Dollar schulden. Von solchen Forderungen distanzieren sich die USA allerdings noch im Verlauf des Jahres 2003, und Frankreich, Deutschland und Russland verzichteten zu einem Grossteil auf die Begleichung der Schulden von Seiten Iraks. Aber auch unter Berücksichtigung solcher Entscheidungen schlussfolgerte *Yahya Sadowski* in einem Beitrag für «Le Monde diplomatique»: «Selbst im günstigsten Szenario übersteigen die Gesamtkosten also die irakische Zahlungsfähigkeit. (...) Die USA werden natürlich versuchen, die verbleibenden Kosten ihren Verbündeten aufzubürden. Würden sie den Ölpreis drücken, würde dieses Vorhaben allerdings viel schwieriger werden.» Vieles deutet darauf hin, dass das irakische Öl nicht privatisiert wird, sondern dass man eine Formel anstrebt, die sich den Systemen der

*Britischer Soldat, Ölraffinerie. Die Förderung von Erdöl in Irak wurde durch Sabotageakte schwerwiegend beeinträchtigt.*



*Iran: Indirekt gewann das Regime der Mullahs durch die Wirren im Nachbarland Irak an Gewicht. Militärparade in Teheran, auf der Tribüne (Mitte) Präsident Ahmedinejad.*

Emirate, Kuwaits und Saudiarabiens angleicht. Ausländische Firmen könnten demnach nur strikt begrenzte Förderanteile bekommen. Unter den privaten ausländischen Firmen wäre Konkurrenz, welche die Preise in die Höhe treiben müsste, aus US-Perspektive gar nicht unwillkommen. Und gäbe es viele Konkurrenten, würde dies auch die US-Regierung etwas vom Vorwurf entlasten, sie habe den Krieg wegen des Erdöls geführt. *Sadowskis* Analyse: «In den Irak-Plänen Washingtons spielte das Öl vor allem als strategischer und weniger als ökonomischer Faktor eine Rolle. Beim Krieg gegen *Saddam Hussein* geht es darum, die US-amerikanische Hegemonie zu wahren, und nicht etwa darum, Exxon noch höhere Profite zu verschaffen.»

Worum es wirklich ging, liessen die Polit-Gurus in Washington in der Form scheinbarer Indiskretionen schon im Herbst 2002 durchsickern: Die Vereinigten Staaten, als einzige weltweit aktionsfähige Supermacht, müssten freie Hand für Interventionen im ganzen Krisengebiet des Mittleren Ostens bekommen, lautete die erste Forderung. In der Region selbst gebe es vor allem vier Problemstaaten: Saudiarabien, Syrien, Irak und Iran. Syrien galt (und gilt in den USA noch) als Haupthindernis für die Durchsetzung eines Nahostfriedens nach den Wünschen Israels; Saudiarabien erwies sich als Hort für die Rekrutierung und als Quelle der Finanzierung von fundamentalistischen islamischen Gruppierungen (schliesslich waren 15 der 19 Selbstmordattentäter des 11. Septembers Saudis); Irak beschuldigte man (aufgrund dubioser Geheimdienst-Dokumente), Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder deren Produktion zu planen; Iran eignete sich gut als Mitglied der «Achse des Bösen» wegen der vom Westen

abgewandten Herrschaft der konservativen muslimischen Rechtsgelehrten und der ideologischen Fixiertheit der Teheraner Führung. Dass die von Präsident *George W. Bush* vorgenommene Zuordnung Irans zur «Achse des Bösen» die Reformer um Präsident *Khatami* schwächen würde, war vorauszusehen, schien aber bei der Entwicklung der neuen Mittelostpolitik der USA keine wesentliche Rolle zu spielen.

Die Strategen in Washington kamen zur Schlussfolgerung: Wenn es gelänge, Irak den USA zu öffnen, könnte man von dort aus die anderen «Problemstaaten» von einem geografischen Zentrum aus kontrollieren, beeinflussen und durch eigene Militärpräsenz auch unter Druck setzen. Schliesslich liegt Irak «mittendrin», und, so die weiterführenden Überlegungen in Washington, von US-Luftwaffenbasen in Irak aus könnte man auch in kurzer Zeit Ziele in Afghanistan angreifen und Jagd auf die allmählich wieder erstarkenden Taliban und die al-Qaida machen.

Zwei Anrainerstaaten Iraks, nämlich Syrien und Iran, haben nun einen neuen direkten Nachbarn, die USA. Der damalige syrische Aussenminister *al-Shara'a* kommentierte das mit einer gewissen Ironie, indem er darauf hinwies, dass die Amerikaner nun Gelegenheit hätten, sich mit der Mentalität und den Wertvorstellungen der Araber und der Muslime besser vertraut zu machen. Er machte gleichzeitig klar, dass Syrien bei seiner eigenen politischen Linie bleiben werde. Konkret heisst das: Man wird erst dann in einen Dialog mit Israel eintreten, wenn das Ziel klar erkennbar ist, nämlich die Rückgabe des gesamten Golangebiets von Israel. Eine «offene» Gesprächssituation, so wie sie die Palästinenserführung beim Oslo-Friedensprozess akzeptierte, lehnt Syrien strikt ab.

### Die Baath-Partei

Die Baath-Parteien Syriens und Iraks sind Ideologien innerhalb des arabischen Nationalismus, der seinerseits ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Baath bedeutet Auferstehung, Wiederweckung von Toten zum Leben. Die Ideologie der Baath-Partei ist von den Syrern *Michel Aflak* und *Salah al-Din al-Bitar* in den dreissiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelt worden. Im Verbotenen war der Baath schon in der Herrschaftszeit der Franzosen aktiv gewesen, aber erst 1947 fand der erste Nationalkongress der Partei statt.

Die Partei war damals antiwestlich, aber auch antisowjetisch und antihaschemitisch. *Bitar* ging es zunächst vor allem um die Realisierung fortschrittlicher Arbeitsgesetze. Später entwickelte der Baath panarabische Vorstellungen. Theoretisch sahen die Baathisten sich in Übereinstimmung mit Ägyptens *Gamal Abd el-Nasser*, aber in praktischen Belangen war das Trennende stärker als das Einigende.

Auch mit den irakischen Baathisten zerstritt sich der syrische Baath. Dennoch blieb die Partei verbal panarabisch eingestellt, denn nur gemeinsam, so glaubte man seit den dreissiger Jahren oder sogar schon seit dem 19. Jahrhundert, könnten die Araber zu ihrer eigenen Identität finden. Das Problem bestand andererseits darin, dass die Identitätssuche, sobald die Kolo-

nisatoren verschwunden waren oder sich nur noch als wirtschaftliche Mächte bemerkbar machten, sich auf den verschiedensten Geleisen verfuhr und schliesslich zum Stillstand kam. Man musste erkennen, dass der Zusammenschluss der verschiedenen Staaten zu einer arabischen Nation nicht möglich war, dass selbst die besten Pläne (Vereinigung Ägyptens mit Syrien zur VAR) an den Realitäten respektive den Rivalitäten scheiterten. Um die Jahrtausendwende gab es nur noch einen einzigen Politiker, der an der Vision des Panarabismus respektive des arabischen Nationalismus in seiner klassischen Form festzuhalten schien, Libyens *Muammar al-Ghaddafi*. Aber auch er wandelte und mässigte sich, und an der Wende zwischen 2003 und 2004 suchte er sogar die Reintegration seines Landes in das vom Westen dominierte internationale Staatensystem. Er zahlte für seine alten «Sünden», nämlich die Unterstützung von panarabischem Terror, und öffnete seine Rüstungsanlagen den internationalen Inspektoren. Damit zog er einen Schlussstrich unter den arabischen Nationalismus. Baath-Parteien, die sich zwar noch panarabisch nannten, dieser Ideologie aber längst nicht mehr nachlebten, gab es noch in Syrien und, bis zum Krieg vom Frühjahr 2003, in Irak. Die US-Besatzungsmacht versuchte nach dem militärischen Sieg, die irakische Baath-Partei zu zerschlagen, aber nach einigen Monaten musste

*Libyens Revolutionsführer Ghaddafi: Versöhnung mit dem Westen?*



sie erkennen, dass man ohne Rückgriff auf den Baath den Staat und dessen Institutionen nicht neu aufbauen konnte. Dies hauptsächlich aus dem Grunde, als während der Jahre der Baath-Herrschaft und der Herrschaft *Saddam Husseins* fast das ganze professionelle Leben von den Baath-Funktionären gesteuert worden war. Ohne Baath-Mitgliedschaft gab es keine Möglichkeit zur Ausbildung und zur Karriere, weder in der Verwaltung noch beim Militär oder bei der Polizei.

Von den vierziger bis in die sechziger Jahre gab es Flügel des Baath in fast allen Ländern des Mittleren Ostens – immer wieder organisierten Baathisten Aufstände, forderten den Sturz von monarchistischen Regimen, die Einrichtung von panarabischen Republiken. In Damaskus wurde der Baath schon 1963 die wichtigste politische Kraft, und gegen Ende der sechziger Jahre stieg *Hafez al-Assad* in Syrien zum mächtigen Herrscher auf.

In Irak errang der Baath im Jahr 1968 die Macht. Die Baathisten begannen mit einer systematischen Modernisierung des Landes. 1972 verstaatlichten sie die Erdölindustrie und orientierten sich aussenpolitisch am kommunistischen Ostblock. Die Ideologie der Baath-Partei in Irak bestand aus einer Mischung von Sozialismus und arabischem Nationalismus, wahrte aber Distanz zum Marxismus-Leninismus. Unter Berufung auf die Baath-Ideologie und die Militarisierung des Landes konnte sich *Saddam Hussein* im Jahr 1979 zum Staatsoberhaupt aufschwingen, und kaum war er ganz oben,

begann er auch schon mit seinen Säuberungen (*Saddam* soll sich selbst an Exekutionen von politischen Gegnern beteiligt haben). Die Baath-Partei wurde immer straffer organisiert, von oben nach unten; die Macht der Geheimdienste wurde immer gewaltiger; innerhalb des Militärs und der Sicherheitskräfte wurden miteinander rivalisierende Blöcke geschaffen. Die Partei wurde ganz oben aber auch immer mehr auf einzelne Personen ausgerichtet, vor allem auf die beiden *Saddam*-Söhne. Terror, Günstlingswirtschaft und Korruption trieben Zehntausende Iraker ins Exil. In einigen westlichen Staaten, insbesondere in den USA und in Großbritannien, wurden sie mit umso offeneren Armen empfangen, je mehr angebliche (oft, wie sich im Nachhinein zeigte, aufgebauschte oder erfundene) Insider-Stories sie über die Baath-Partei erzählten. Zutreffend bei diesen Schilderungen war allerdings, dass die einst mit Idealen operierende Partei ihre Substanz längst verloren hatte. Pragmatismus und Opportunismus kennzeichneten den Führungsstil in Irak und, in gedämpfterem Sinne, auch in Syrien. Die US-Besatzer erkannten im Zeitraum des späteren Frühjahrs und des Frühsommers 2004, dass sie den «neuen» Staat ohne Mitwirkung zumindest eines Teils der alten Baathisten nicht aufbauen konnten. Sie holten ins Abseits geschobene Baathisten zurück, in der Hoffnung, dadurch die «Herzen der Iraker» zurückzugewinnen. Die Erfolge der späten Umkehr innerhalb der Taktik der USA waren bis Ende 2006 eher spärlich.





### Der islamische Fundamentalismus

Der islamische Fundamentalismus entstand im 19. Jahrhundert als eine Abwehrbewegung, eine Defensiv-Kultur gegen das immer stärkere Vordringen des Westens in die Welt des Nahen Ostens, also des Islams im weiteren Sinne. Die Gründer gingen von der Frage aus: Warum sind wir, die wir in der Welt des Islams leben, schwach geworden in der Auseinandersetzung mit dem Westen, während wir doch früher eine Hochkultur par excellence verkörperten? Die Antwort lautete: Weil wir vom rechten Pfade abgekommen sind. Und fragte man weiter, was denn der rechte Pfad war oder gewesen sei, lautete die Antwort: die Herrschaftsform des Propheten *Mohammed* in Medina (also nach der Hedschra aus Mekka). Sie beinhaltete: Einheit von Religion, Politik, Wirtschaft, Sozialem, Privatem. Das müsse man wiederherstellen, sagten die frühen Fundamentalisten, und dies bedeute auch, dass man zum Rechtssystem der Shari'a zurückfinde.

Die islamischen Fundamentalisten blieben lange Zeit innerhalb der islamischen Welt eine winzige Minderheit. Sie gewannen erst im 20. Jahrhundert an Boden, vor allem als Reaktion auf ein weiteres Vordringen des Westens in den Nahen Osten. Marksteine waren das Sykes-Picot-Abkommen, mit dem Frankreich und Grossbritannien die arabisch-nahöstliche Welt in zwei Einflusszonen teilten (und die meisten der jetzt

noch gültigen Grenzen festschrieben), und die Balfour-Deklaration, in der (1917) den Juden eine Heimstätte in Palästina versprochen wurde. 1928 gründete der Ägypter *Hassan al-Banna* die Moslembroderschaft, Ende der vierziger Jahre schrieb der Ägypter *Sayed Qutb* das Buch «Ma'aalim fii'l tariq», das zur «Bibel» für die islamischen Fundamentalisten wurde. Auf ihn berufen sich alle Islamisten der letzten Jahrzehnte, teilweise auch *Osama bin Laden*. *Qutb* ist der Wegbereiter der islamischen Radikalisierung, die der westlichen Gesellschaft den Krieg erklärt hat. Er formulierte die Vorstellungen, denen die rechtgläubigen Muslime nachleben müssen. Er zeigte die praktischen Konsequenzen für das Leben jedes Einzelnen auf, der die Wahrheit gefunden zu haben glaubt und daher an der Zerstörung der bestehenden Ordnung und dem Aufbau eines «islamischen Systems» arbeiten müsse. *Qutb* trennt die Welt in jene des Islams und jene der «jahiliya», des Nichtwissens, der Gottlosigkeit. Für *Qutb* waren das Schwert und das Buch (also der Koran) gleichwertig und von gleicher Bedeutung beim Ziel, eine islamische Ordnung zu errichten.

Die Mörder des ägyptischen Präsidenten *Sadat* (1981) schwenkten, als sie hinter Gittern im Gefängnis waren und auf die Vollstreckung ihres Todesurteils warteten, das Buch von *Sayed Qutb* in der einen Hand, den Koran in der anderen. *Osama bin Laden* steht in der Tradition dieser Extremisten – was ihn «auszeichnet», ist

*Hizballah*-Chef *Nasrallah* (Posters in der syrischen Hauptstadt Damaskus): Er provozierte Israel durch die Entführung von zwei Soldaten und unterschätzte die israelische Entschlossenheit zum Krieg.



*Moschee in London:  
Die muslimische  
Gemeinschaft in  
Grossbritannien wurde  
oft pauschal verdäch-  
tigt, an Terrorakten  
mitschuldig zu sein.*

eine raffiniertere Organisation und eine weit-  
verzweigte, undurchsichtige Finanzierung. Was  
ihn andererseits auch mit den Mördern *Sadats*  
verbindet, ist die Berufung auf *Omar Abd al-  
Rahman*, der für die am Attentat beteiligten  
Gruppen vor allem wegen seiner Jihad-Interpre-  
tation von Bedeutung war. Jihad, so schrieb er  
im Gegensatz zu der grossen Mehrheit der  
muslimischen Rechtsgelehrten, sei letzten  
Endes nichts anderes als Pflicht zum Kampf  
gegen die Ungläubigen, und dieser Kampf  
müsse bei der Ausschaltung der «Ketzer» im  
eigenen Lebensraum beginnen, also u. a. bei  
Persönlichkeiten wie *Anwar as-Sadat*.  
Die Mehrheit der Muslime, das muss hier ange-  
merkt werden, versteht unter Jihad etwas  
anderes: So, wie der Prophet *Mohammed* diesen  
Begriff benutzte, könne er nur als defensive  
Haltung aufgefasst werden, meinen die meisten.  
Jihad sei ein Aufruf zu innerer Anstrengung,  
allenfalls ein Appell an die Bereitschaft zur  
Selbstopferung im Dienste einer von aussen  
bedrohten islamischen Gesellschaft. Aber mit  
dem Begriff des Jihad steht es ähnlich wie mit  
Hundertern anderer Termini aus der Zeit der  
Verkündigung des Korans und der direkt darauf  
folgenden Periode der ersten Entfaltung der  
islamischen Kultur: Für die Menschen im 7., 8.,  
9. Jahrhundert mochte die Bedeutung klar sein,  
für die Jetzt-Zeit ist sie es oft nicht mehr und  
muss durch Interpretation erschlossen werden.  
Doch die Fundamentalisten behaupten, im  
Wissen der vollen Wahrheit zu sein, und ver-  
dammen Interpretationen als «unislamisch».  
Allerdings verstricken sie sich damit selbst oft in  
Widersprüche. Folgt man den Texten und dem  
Geist des Korans und der Hadithen (mündlich

überlieferte Schilderungen von Handlungen und  
Aussagen des Propheten *Mohammed*), so findet  
man nirgendwo eine Erlaubnis zum Selbstmord,  
diesem jetzt von den Fundamentalisten so oft  
und blutig praktizierten Massentötungsritual.  
Ebenso wenig gibt es irgendwo einen Text, der  
die Tötung von Unbeteiligten (die bevorzugten  
Opfer der jetzigen Anschläge) gestatten würde.  
Im Gegenteil: «Wenn ein Jihad schon als  
(defensiv verstandener) Krieg geführt werden  
muss, dann gelten dort strenge Regeln, etwa  
das Verschonen von Kindern, Frauen, Alten und  
auch das Verbot der Versklavung von Christen  
und Juden, die als «ahl al-kitab», Volk des  
Buches, also der Bibel, eine Sonderstellung  
gegenüber anderen Ungläubigen zugesprochen  
erhalten.

Der Fundamentalismus aber hat sich, eben  
hauptsächlich durch die Schriften *Omar Abd  
al-Rahmans*, seine eigene, offensive Jihad-Inter-  
pretation geschaffen. *Osama bin Laden*, der  
extremste Exponent des Fundamentalismus,  
nährte durch seine Reden und Taten die  
Diskussion um die Frage: Befinden wir uns in  
einem «Krieg der Zivilisationen»? Immer mehr  
Menschen in der islamischen Welt sagten Ja,  
wenn sie mit dieser Frage konfrontiert wurden.  
Und immer mehr Menschen im Westen fühlten  
sich durch «den Islam» bedroht – es gab eine  
Tendenz, muslimischen Glauben gleichzusetzen  
mit Terror. Das zeigte sich besonders deutlich  
in Grossbritannien nach der Aufdeckung eines  
gewaltigen Anschlagsszenarios auf transatlanti-  
sche Passagierflugzeuge im August 2006. Da half  
es wenig, wenn Experten darauf hinwiesen,  
dass innerhalb, beispielsweise, der in Grossbritan-  
nien lebenden

Gemeinschaft von Muslimen von gut 2 Millionen «nur» 800 bis 1200 dem kompromisslos gewaltbereiten Flügel zugerechnet werden mussten. 800 bis 1200, sagten die Briten (und andere Europäer), das wäre mehr als genug, um durch Selbstmordattentate einen neuen, asymmetrischen Krieg auszulösen – ähnlich jenem «Krieg», den nach dem Al-Qaida-Anschlag vom 11. September 2001 der amerikanische Präsident *Bush* als «Krieg gegen Terror» deklarierte, der aber, das wusste man inzwischen, immer neue Gegenoffensiven auslöste – und der als Schlagwort auch gewaltig missbraucht werden konnte (willkürliche Verhaftungen, Verletzungen von Menschenrechten in Gefängnissen wie Guantánamo, Bagram etc.).

Befindet man sich in einer Phase von Konflikten, die nur Opfer und keine Sieger kennen? In Afghanistan, in Irak, im Bereich Israels / der Palästinenser / der Schiiten Libanons? Das ist die bange Frage, welche das Jahr 2006 überschattet.

Und die andere Frage lautet: Was kann der Westen tun, um die Situation zu entschärfen? Es gibt mehrere Konflikt-Bruchlinien und auch mehrere Interpretationen, wie man sie zumindest teilweise ausebnen könnte:

- der Konflikt zwischen westlichen Interessen in Nahost (Erdöl und Geostrategie) und den vom Islam geprägten Wertvorstellungen;
- der Konflikt zwischen Israel und den Arabern;
- der innerarabische Konflikt zwischen sozial Benachteiligten und den wirtschaftlich und politisch dominierenden Kräften.

Die grosse Mehrheit der Araber und auch der Muslime in nichtarabischen Ländern ist fest davon überzeugt, dass Israel eine Politik verfolgt, die ihnen selbst, den Arabern respektive den Muslimen, schadet und dass die israelische Führung (zumindest jene nach *Yitzhak Rabin*) kein Interesse daran hat, echte Kompromisse zu finden. Mit echten Kompromissen meinen die Araber: Israel sollte sich aus dem 1967 eroberten arabischen Gebiet (Westjordanland, Gazastreifen, Ostjerusalem, Golanhöhen) zurückziehen, dann wären die arabischen Regierungen bereit, mit Israel Frieden zu schliessen. Einen entsprechenden Friedensentwurf machte die Regierung Saudi Arabiens noch in den neunziger Jahren – er wurde von fast allen anderen arabischen Regierungen akzeptiert, aber unklar blieb, ob er auch die Zustimmung

*Vermummter Angehöriger einer bewaffneten Einheit der palästinensischen Fatah im Gazastreifen.*





Suche nach europäischen Gemeinsamkeiten gegenüber Nahost: Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem britischen Premier Tony Blair (Aufnahme: Pressekonferenz in Berlin, Februar 2006).

von radikalen Kräften wie Hamas oder Hizballah finden würde. Iran nahm damals keine Stellung, aber der im Jahr 2005 gewählte iranische Staatspräsident *Mahmud Ahmedinejad* goss mit seiner Aussage, Israel sollte von der Landkarte verschwinden, förmlich Öl ins Feuer. Aus israelischer Sicht demaskierte sich mit dieser Bemerkung nicht nur *Ahmedinejad* selbst – sie wurde ja von demonstrierenden Massen in Iran und in arabischen Ländern in der Folge immer wieder aufgenommen und im Sommer 2006, während des Kriegs zwischen Israel und Libanon (den Israel als Krieg lediglich mit der Hizballah deklarierte), bei jeder Kundgebung vehement skandiert. Das gab Israel Anlass zu Misstrauen, ob es die «andere Seite» mit ihren Friedensbeteuerungen sogar im Fall einer Räumung aller 1967 besetzten Gebiete wirklich ernst meinte. Im Westen gibt es deutliche Bruchlinien der Interessen und auch der Gemeinsamkeiten hinsichtlich der ganzen Problematik. Die USA sind Schutzmacht Israels, daran liess weder der jetzige Präsident, *George W. Bush*, noch sein Vorgänger *Clinton* irgendwelche Zweifel aufkommen. Wenn im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution debattiert wird, welche Israel offen kritisiert, stimmen die USA dagegen. Die USA helfen Israel mit jährlichen Zuwendungen von rund 3,5 Milliarden Dollar (aber sie helfen auch «gemässigten» arabischen Regierungen wie Ägypten oder Jordanien), und die US-Politik sorgte im Sommer 2006 dafür, dass Israel seine militärische Strategie in Libanon so lange wie möglich fortsetzen konnte. Israel begründete das mit der Notwendigkeit, die Bedrohung

durch die Hizballah so weit wie möglich zu minimieren – die Libanesen klagten, dass jeder weitere Kriegstag Dutzende weiterer Todesopfer und weitere materielle Zerstörungen bringe. Generell: Die westeuropäischen Regierungen verfolgen in Nahost unterschiedliche Ziele, mit einigen wenigen gemeinsamen Nennern: Alle erklären unzweideutig, Israels Existenzrecht dürfe nicht in Frage gestellt werden; alle bekennen sich zur Förderung von Demokratie und zur Respektierung der Menschenrechte; alle wünschen sich einen Nahen Osten, der ihnen verlässlich Erdöl und Erdgas liefert. Damit enden die Gemeinsamkeiten, damit beginnen die Unterschiede: Frankreich klar gegen den US-Krieg in Irak, klar auch gegen das, was Präsident *Chirac* als unverhältnismässige Gewalt Israels gegen Libanon nach der Entführung zweier israelischer Soldaten durch die Hizballah bezeichnete; klar für einen lebensfähigen Libanon, ebenso klar aber auch gegen Irans angebliche Aspirationen, militärische Atommacht zu werden. – Grossbritanniens Haltung in der Ära von *Tony Blair* ist relativ einfach: stets ganz nah an der Seite von US-Präsident *George W. Bush*. Deutschland ist gefangen im historisch verständlichen Dilemma: Nie Stellung beziehen gegen Israel, aber auch nie Ja sagen zur Anwendung von Gewalt (es sei denn gegen eindeutige Terrorakte). Kanzlerin *Angela Merkel* tat sich schwer bei allen Problemen, die im Verlauf des Jahrs 2006 in Nahost auftauchten, und musste sich in der Öffentlichkeit den Vorwurf von Opportunismus anhören. – Italien und Spanien entwickelten unter den gemässigt

linken Regierungen (*Romano Prodi, José Luis Zapatero*) klarere Linien, und Gleiches galt für Skandinavien (Finnland war durch den Krieg Israels im Libanon besonders betroffen, weil finnische Friedenssoldaten, Mitglieder von UNO-Kontingenten, durch israelische Attacken ums Leben kamen). Dänemark blieb jedoch eng an der Linie der USA. Und ebenfalls wenig Eigenständigkeit erlaubten sich die Regierungen im östlichen Mitteleuropa, die erst vor wenigen Jahren, dank guten Beziehungen zu Washington, in die NATO aufgenommen worden waren (und auch in die EU, aber das zählte aussenpolitisch weniger als die NATO-Mitgliedschaft und das Bündnis mit den USA).

Die innerarabische Bruchlinie war mindestens ebenso komplex. Die Führung Ägyptens hatte Angst vor der eigenen Bevölkerung (die Muslimbrüder hatten beim Volk sehr grossen Rückhalt), jene Jordaniens war finanziell und sicherheitspolitisch auf den Goodwill Washingtons angewiesen. Saudi Arabiens Regierung stand ständig in der Herausforderung von Seiten islamistischer Fundamentalisten, d. h. sie sah ihr Überleben nur dank guter Kooperation mit den USA gesichert. Und hinzu kam innerhalb der arabischen Welt im Verlauf des Jahrs 2006 mehr und mehr, dass die Regierungen Angst hatten vor einer «Allianz der Schiiten».

Die religiöse Richtung der Schi'a dominiert in Iran zu über 90 Prozent, in Irak zu rund 60 Prozent, und sie bildet im Libanon etwa 40 Prozent

der Bevölkerung. Geringer sind die Prozentanteile in Abu Dhabi, Saudi Arabien und Syrien. Dies führte dazu, dass die Mehrheit der Regierungen im arabischen Raum keine klare Stellung bezogen im Konflikt zwischen Israel und der libanesischen Hizballah. Und es führte auch dazu, dass die Mehrheit der arabischen Regierungen sich zurückhielt bei Kommentaren zum Atomprogramm Irans. War Iran für sie gefährlich, oder stellte Iran einen Bündnispartner im ideellen Konflikt mit Israel oder mit einem stark auftretenden Westen dar? Da herrschte Ungewissheit.

Das Fazit: Eine Rundumlösung des Nahost-Konflikts schien allen Politikern in West und Ost im Jahr 2006 unmöglich. Bestenfalls, so die Meinung, könnte man den Brandherd an einigen wenigen Punkten entschärfen. Aber gegen Ende des Jahres standen selbst die Aussichten dafür nicht gut: In Afghanistan spitzte sich die Lage zu; in Irak gab es keine Anzeichen für ein Abebben der Gewalt; zwischen Israel und den Palästinensern, aber auch zwischen Israel und anderen Nachbarn, blieb Hochspannung bestehen; in Ländern mit muslimischer Bevölkerung fern der eigentlichen Konfliktzentren staute sich eine antiwestliche und antiisraelische Grundstimmung immer deutlicher (das galt u. a. für Indonesien und für Pakistan). Es gab wenige gute Vorzeichen für die Entwicklung der näheren Zukunft. ■

*Libanon, Juli 2006:  
UNO-Einheiten evakuieren Libanesen während des Krieges zwischen Israel und der Hizballah.*

